



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der

Pfalz

am Dienstag, 12.07.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 20:48



Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron



Beigeordnete/r

Rudi Klemm

bis Ende ö.S. 20.23 Uhr

Berichterstatter

Christine Baumstark

Claus Eisenstein

Michael Götz

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Martin Messemer

Roland Schneider

Sonstige

Joachim Arbogast

Sandra Diehl

Rolf Kost

Dorothea Müller

Michael Schreiner

Schriftführer/in

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Gerhard Mosebach

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn



Dr. Hannes Kopf

Hans Peter Thiel

AfD

Jürgen Sauer



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Leiters der Polizeidirektion Landau, Herr Thomas Sommerrock, zum aktuellen Kriminalitätslagebild
- 2.1. Antrag des Ortsbeirates Mörlheim; Sicherheit in Mörlheim
Vorlage: 101/331/2016
3. Bericht der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc
4. Fortschreibung der Baulandstrategie in den Stadtdörfern; Festlegung von weiteren Potentialflächen im Außenbereich zur Vorbereitung der FNP-Teilfortschreibung für Wohnbauflächen
Vorlage: 610/416/2016
- 4.1. Fortschreibung der Baulandstrategie in den Stadtdörfern; Ergebnisse der Beratungen der Ortsbeiräte zu den Suchräumen
Vorlage: 610/420/2016
5. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Cosimo Soroberto
Vorlage: 100/201/2016
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema "Saatkrähen in Landau"
Vorlage: 101/327/2016
7. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Frauenquote für Straßennamen
Vorlage: 101/330/2016
8. Notwendige Besetzung von ausgeschriebenen Stellen
Vorlage: 110/519/2016
9. Gewerbepark „Am Messengelände,, Bebauungsplan D 9; Controlling der Maßnahme
Vorlage: 200/232/2016
10. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 240/050/2016
11. Neue Kindertagesstätte in Landau in der Pfalz
Vorlage: 510/067/2016
12. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“:
Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ 2016/ I –



Festlegung der Kriterien und der weiteren Vorgehensweise für die Baufelder 28/ 28a und 30a/ 31

Vorlage: 610/417/2016

13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „F3e Neuaufstellung, 1. Teiländerung“,
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 610/419/2016
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Frau Graw sprach den nicht genehmigten Pferdestall an, weil dieser die Landschaft zerstören würde. Komischerweise gelte diese Landschaftsbeeinträchtigung nicht für das Untersuchungsgebiet Landau baut Zukunft.

Der Vorsitzende entgegnete, dass das derzeitige Planungsrecht bei diesem Pferdestall keine andere Entscheidung zugelassen habe.

Herr Homann wollte wissen, ob denn der Wettbewerb der Städte jemals beendet sei.

Ein Flüchtling schilderte seine Lage in der Containersiedlung am Prießnitzweg. Man habe seit einiger Zeit dort Probleme, vor allem Probleme mit der Security. Allerdings brauche man keine Security, sondern Sozialarbeiter. Die Mitarbeiter würden die Bewohner der Unterkunft nicht wie Menschen, sondern wie Tiere und Kriminelle behandeln. Man sei nach Deutschland gekommen für die Freiheit, aber man es gebe keine Freiheit für sie.

Der Vorsitzende betonte, dass die Botschaft angekommen sei. Die Security sei zum Schutz der Bewohner und des Areals eingesetzt. Der Wunsch nach Sozialarbeitern sei verständlich, diese setze man auch im Rahmen unserer Möglichkeiten ein.

Der Flüchtling führte weiter aus, dass man die Regeln des Landes respektiere und auch die Regeln befolgen wolle. Er kenne viele Flüchtlinge hier in Landau, die in Häusern wohnen. Ihre Situation und die bauliche Anlage in der Containersiedlung sei nicht gut. 20 bis 25 Personen würden dort leben, aber es gebe beispielsweise keine Ventilatoren und keine Klimaanlage.

Der Vorsitzende erwiderte, dass es nicht angebracht sei, die bauliche Situation als nicht gut zu bezeichnen. Es sei richtig, das man im Moment nicht für alle Flüchtlinge eine Unterkunft in einer Wohnung finden könne. Er bot an, zu einem Gespräch in der Containersiedlung vorbeizukommen.

Der Flüchtling ergänzte weiter, dass es auch Probleme mit den Besuchszeiten gebe und dass Besucher nicht übernachten könnten.

Der Vorsitzende war der Meinung, dass Besuchszeiten bis 24.00 Uhr vertretbar seien. Die Bedingungen in der Unterkunft seien durchaus als menschlich zu bezeichnen.

Das Gremium beschloss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Leiters der Polizeidirektion Landau, Herr Thomas Sommerrock, zum aktuellen Kriminalitätslagebild

Der Vorsitzende begrüßte den Leiter der Polizeidirektion, Herrn Thomas Sommerrock und bat ihn um seinen Bericht.

Herr Sommerrock bedankte sich für die Möglichkeit, hier über die Sicherheitslage zu informieren. Er wies zunächst darauf hin, dass im Jahr 2015 im Bereich der Polizeidirektion Landau 4.500 Straftaten gemeldet worden seien. Diese Zahl verschiebe sich von Jahr zu Jahr. Die Aufklärungsquote liege mit 58,5 % im mittleren Bereich. Man brauche bundesweit hier keinen Vergleich zu scheuen. Im letzten Jahr habe es einen signifikanten Rückgang bei den Rohheitsdelikten von über 10 % gegeben. Handlungsbedarf sehe man bei den Wohnungseinbrüchen. Hierauf habe man unter anderem mit landesweiten Arbeitsgruppen reagiert, um diese Taten zu bearbeiten. Die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen in der Südpfalz suche landesweit ihres gleichen. Im Bundesvergleich stehe Landau bei den Wohnungseinbrüchen im unteren Bereich. Trotz alledem sei es „auch uns zu viel“. Die Aufklärungsquote in diesem Bereich liege bei der Polizeidirektion Landau bei 20,8 %. Von den 85 Fällen seien es mehr Versuche als vollendete Taten.

Ihm sei klar, dass eine Tat wie in Mörlheim nachhaltig das Sicherheitsgefühl verändere. In Mörlheim gebe es aber dennoch eigentlich kein Sicherheitsproblem, die Menschen seien aufmerksamer und wachsamer geworden.

Die Polizeidirektion habe derzeit rund 400 Mitarbeiter, die auf die verschiedenen Dienststellen verteilt seien. Der Ausstattungsgrad liege landesweit und damit auch in Landau bei 91 %. Damit käme man gut zurecht, man müsse halt priorisieren.

Ortsvorsteher Arbogast begründete den Antrag des Ortsbeirates Mörlheim. Der gewaltsame Tod einer 86-jährigen in Frau sei für ganz Mörlheim ein Schock gewesen. Die Menschen fühlten sich unsicher. Er danke ausdrücklich der Polizei für die schnelle Aufklärung des Falles und die Kooperation mit der Ortsverwaltung. Er bitte im Namen des Ortsbeirates der vorliegenden Resolution im Sinne Mörlheims zuzustimmen.

Ratsmitglied Lerch bewertete die Situation in Landau als allgemein gut. Gleichwohl gebe es bundesweit alle 3 Minuten einen Einbruchdiebstahl. Die Polizei Landau leiste in dem ihr gesteckten Rahmen gute Arbeit. Allerdings sei bei einer Personalauslastung von 91 % die Arbeit nicht so leistbar, wie es sein müsste und erforderlich wäre. Mit einer höheren Präsenz der Polizei nehme das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu. Er denke, dass die Forderung nach mehr Personal für die Polizei mittlerweile in der Breite angekommen sei.

Ratsmitglied Vogler dankte Herrn Sommerrock für den informativen Bericht. Ein ganz wichtiges Thema sei für sie die Prävention, hier leiste die Polizei Landau schon hervorragende Arbeit. Sie bat um kurze Erläuterung zur Zunahme der schweren Diebstähle.

Herr Sommerrock erläuterte was genau ein schwerer Diebstahl sei.

Ratsmitglied Hartmann war froh, dass man diesen Vortrag heute gehört habe. Die Ausführungen hätten gezeigt, dass Rheinland-Pfalz keine unterdurchschnittliche Personalbesetzung habe. Ein ständiges Gerede über mögliche Unsicherheit führe gerade zur Unsicherheit bei den Menschen. Die Grünen seien auch nicht für die absolute Überwachung, auch wenn es sie geben könnte. Aufgrund des konkreten Falles halte er aber den Antrag aus Mörlheim für gerechtfertigt. Allerdings sei diese Resolution zu unkonkret formuliert, so dass man hier erst mal abwarten wolle.

Ratsmitglied Klein begrüßte für die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag des Ortsbeirates Mörlheim. Die Resolution sollte sich aber nicht nur auf Mörlheim, sondern auf alle Stadtteile beziehen.



Ratsmitglied Dr. Migl hielt das Anliegen aus Mörlheim nach personeller Verstärkung der Polizei für nachvollziehbar. Es sei wichtig, die Personalsituation aufgrund der Arbeitsbelastung zu überprüfen. Die Situation in Mörlheim sei ja schon lange bekannt gewesen, aber aufgewacht sei man erst nach dem Mordfall.

Herr Sommerrock stellte klar, dass Bettler und Hausierer in Mörlheim auch schon vor dieser Tat kontrolliert worden seien. Die Ausbildung eines Polizisten dauere vier Jahre. Deshalb sei es im Moment schwierig mehr Personal zu bekommen.

Ortsvorsteher Arbogast ergänzte zur Klarstellung, dass man in Mörlheim nicht erst seit dem Mordfall tätig geworden sei, sondern bereits vor einem Jahr die Bürger gewarnt habe.

Ratsmitglied Dr. Bals wollte wissen, wie viele Überstunden in einem Jahr auflaufen würden.

Herr Sommerrock erläuterte, dass dies sehr heterogen sei. Der Durchschnitt an Überstunden liege bei ca. 200 pro Mitarbeiter. Natürlich bleibe Arbeit nicht liegen, aber es werde priorisiert. Viel Personal setze man bei der Bearbeitung der Einbrüche ein, da dies ganz oben stehe.

Ratsmitglied Doll fragte, ob es eine Erklärung für das Nord-Süd-Gefälle bei den Straftaten gebe. Eine weitere Frage sei, was denn gegen 100 % Personal spreche. Die Personalausstattung sei doch durchaus verbesserungswürdig.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die Bürger das Gefühl hätten, es seien immer noch zu viele Einbrüche. Es müsse schon Ziel sein, die Personalausstattung zu verbessern, denn kein Mensch mache gerne Überstunden. Lobenswert sei die Beratungstätigkeit der Polizei, diese sei sehr kompetent.

Ratsmitglied Braun betonte, dass Landau nun ja nicht das Zentrum der Kriminalität sei. Die Aufklärungsquote bei den Einbrüchen sei doch recht hoch. Von daher sollten wir nicht an vorderster Front nach mehr Personal rufen. Man sollte eher darüber nachdenken, die Polizei von Aufgaben zu entlasten, zum Beispiel von der Überwachung des ruhenden Verkehrs.

Herr Sommerrock entgegnete zur Personalsituation, dass man ein hohes Durchschnittsalter beim Personal habe. Landau gehe es in dieser Hinsicht aber noch vergleichsweise gut. Was die Einbrüche angehe, seien es zu viele. Jeder Einbruch sei einer zu viel. Auch das Thema Sicherheitsgefühl nehme man ernst. Die Aufgaben der Polizei würden nicht einfacher werden.

Der Vorsitzende fasste kurz den Verlauf der Diskussion zusammen. Die objektive Sicherheitslage in der Stadt sei nicht schlecht. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger hingegen sei etwas gestört. Man habe wahrgenommen, dass die Personalausstattung in Landau nicht schlechter sei als anderswo, es aber durchaus noch Luft nach oben gebe. Zum Resolutionsantrag des Ortsbeirates Mörlheim schlage er vor, dass man dies als Anregung aufnehme und bis zur Stadtratssitzung im September einen Resolutionsentwurf vorlegen werde.

Das Gremium beschloss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

Antrag des Ortsbeirates Mörlheim; Sicherheit in Mörlheim

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Ortsbeirates Mörlheim vom 6. Juli 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Das Gremium beschloss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Bericht der Beauftragten für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz, Frau Sophia Maroc

Der Vorsitzende bat die Beauftragte für die Belange der Universitätsstadt Landau in der Pfalz um ihren Bericht.

Frau Maroc wies auf die zahlreichen Projekte hin, die im Bericht aufgeführt seien. Die Begrüßungstasche für Studienanfänger werde sehr gut angenommen. Diese werde nun noch weiter ausgebaut. Angelaufen sei das Work-Load-Punkte-Projekt. Generell sei es das Ziel, etwas mehr Kontakt mit der Uni zu bekommen, was bisher nur projektbezogen der Fall sei. Das Problem sei, dass es bei der Uni keinen zentralen Ansprechpartner gebe. Dies solle sich jetzt aber im Rahmen des Transferaudits ändern. Insgesamt seien mittlerweile viele positive Entwicklungen wahrnehmbar und es gebe auch viele positive Rückmeldungen zu ihrem Amt.

Ratsmitglied Eggers dankte Frau Maroc für ihren Bericht. Die CDU-Stadtratsfraktion habe wahrgenommen, dass eine Entwicklung stattgefunden habe. Er wisse, dass dies nicht immer leicht sei. Aber man sei auf einem guten Weg. Für wichtig halte er, die Raumnot der Universität bei der Stadtverwaltung miteinzubringen. Hier wäre eine Kooperation wünschenswert. Die Parkraumsituation der Universität sei in der Tat desaströs. Hier müsse eine zeitnahe Lösung gefunden werden.

Ratsmitglied Vogler dankte für die SPD-Stadtratsfraktion für den ausführlichen Bericht.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass dieses Amt mit einem sehr hohen zeitlichen Aufwand für Frau Maroc verbunden sei. Dies gehe weit über die normale Arbeit eines Ratsmitgliedes hinaus.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte der Einschätzung von Frau Maroc zu, dass die Arbeit im Unirat nicht effizient genug sei. Er finde es gut, zu versuchen, die Verbindungen zwischen Stadt und Universität zu verbessern.

Ratsmitglied Wagner sah die Entwicklung auf gutem Weg und dankte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion für die geleistete Arbeit.

Das Gremium beschloss



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Fortschreibung der Baulandstrategie in den Stadtdörfern; Festlegung von weiteren Potentialflächen im Außenbereich zur Vorbereitung der FNP-Teilfortschreibung für Wohnbauflächen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Juni 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Bestandteil der Initiative „Landau baut Zukunft“ sei die Schaffung von 55 Wohneinheiten in den Stadtdörfern. Daher gebe es zu dieser Vorlage auch eine ergänzende Vorlage mit dem Ergebnis der Beratungen in den Ortsbeiräten hierzu. Beide Vorlagen stünden heute zur Abstimmung. Die Initiative „Landau baut Zukunft“ bedeute eine große Kraftanstrengung für die Stadt. Daher habe man auch eine eigene Projektgruppe gebildet, die sich losgelöst vom Alltagsgeschäft mit allen Fragen der Initiative beschäftigen werde. Man wolle hier relativ schnell vorankommen. Man freue sich nach wie vor über Anregungen und plane auch weitere Veranstaltungen hierzu. Er wolle bekräftigen, dass es weiterhin Ziel sei, die Innenentwicklung voranzutreiben. Dies werde aber nicht reichen. Die von den Umweltverbänden veröffentlichten Zahlen würden nicht von den Zahlen der Verwaltung abweichen.

Herr Schneider, Leiter der Projektgruppe, stellte den aktuellen Sachstand vor. Auslöser für die Initiative „Landau baut Zukunft“ sei die aktuelle Wohnraumanalyse gewesen. Aus dieser Analyse habe sich eine Zielzahl von 2.500 zusätzlichen Wohneinheiten bis zum Jahr 20130 ergeben. Der Wohnraumbedarf ergebe sich nicht nur aus dem Zuzug nach Landau, sondern auch weil verstärkt Bedarf Einheimischer bestehe und insgesamt auch der Einzelne mehr Wohnraum benötige. Zudem hätten sich Familienstrukturen verändert hin zu statistisch unter 2 Personen pro Haushalt. Wichtig für die Diskussion sei die Klärung von Begriffen. **Leerstände** seien Objekte, die bereits Wohnraum sein könnten. **Potentielle Leerstände** seien noch keine, könnten aber welche werden. **Baulücken** seien Flächen in bebauten Straßenzügen, die gefüllt werden könnten. Es gebe **Innenentwicklungspotentiale**, innerörtliche Flächen für die Baurecht geschaffen werden könnten. **Arrondierungsflächen** seien Flächen am Ortsrand, die bereits erschlossen seien. Letztlich gebe es noch **Außenentwicklungspotentiale**, die klassischen Neubaugebiete. Im aktuellen Flächennutzungsplan sei ein Potential von 270 Wohneinheiten in den Stadtdörfern dargestellt, die sich aber auf wenige Ortsteile beschränken. Ziel sei es aber, dass möglichst alle 8 Ortsteile von der positiven Entwicklung profitieren. Deshalb habe man in Abstimmung mit den Ortsvorstehern sogenannte Suchräume definiert. Insgesamt habe man nun ein Flächenpotential für 700 Wohneinheiten in den Ortsteilen auf insgesamt 35 Hektar. Ein wesentlicher Bestandteil der Umsetzung werde das Ankaufmodell sein. Die Stadt erwerbe Flächen im kommunalen Zwischenerwerb. Hierzu müssten die Eigentümer verkaufsbereit sein. So habe die Stadt bessere Steuerungsmöglichkeiten. Bis zum Ende des Jahres wolle man ein Flächenpaket schnüren, das dann Grundlage für den Flächennutzungsplan 2030 sei.

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass diese beiden Vorlagen vor einem Jahr undenkbar gewesen wären. Die jetzt auf den Weg gebrachte Initiative „Landau baut Zukunft“ sei aus Sicht der Stadtdorfentwicklung ein Gewinn. Der Bedarf an Bauwilligen in den Ortsteilen sei zweifellos vorhanden. Es gehe nämlich auch um den Erhalt und die Festigung der Infrastruktur in den Ortsteilen. In den Ortsteilen seien ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Stadt beheimatet. Die Verwaltung sollte in jedem Fall ein Konzept zur Priorisierung von Einheimischen vorlegen, ein sogenanntes Einheimischenmodell. Ein wesentlicher Bestandteil der Baulandstrategie sei das Ankaufmodell. An dem Ankaufmodell zeige sich, ob die Baulandstrategie greife. Wenn nur ein Eigentümer nicht mitspiele, scheitere das ganze Projekt.

Ratsmitglied Vogler stellte fest, dass die Informationsveranstaltungen gut besucht gewesen seien. Die Bevölkerung sei mitgenommen worden, Wünsche und Anregungen habe man berücksichtigt. Nach wie vor bestehe der Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung. Ein großes Manko für die Dörfer sei sicherlich, dass sich die Wohnbedürfnisse geändert hätten. Für die SPD-Fraktion sei es weiterhin wichtig, dass die Dorfentwicklung vorangebracht werde. Hier könnte auch das Projekt „Kommune der



Zukunft“ ein wichtiger Baustein sein. Das Augenmerk liege auf den Bedarfen, die man ständig überprüfen müsse. Die SPD-Stadtratsfraktion werde den beiden Sitzungsvorlagen zustimmen.

Ratsmitglied Braun betonte, dass innovative Stadt- und Dorfentwicklung für die Grünen anders aussehe. Die Kommune der Zukunft werde sich nicht entwickeln, wenn man auf Konzepte der 70-iger und 80-iger Jahre zurückgreife und großflächig neue Baugebiete ausweise. Es drohe die Gefahr, dass die Infrastruktur in den Dorfkernen ausblute. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Haushalte kleiner werden. Oft seien es nur noch Paare oder Alleinstehende. Sie würde schon interessieren, wo denn die angeblichen Listen der bauwilligen Einheimischen seien. Nicht beantwortet sei aus ihrer Sicht die Frage, wo bezahlbarer Wohnungsbau stattfinde. Nichts gehört habe man auch, wie sich die Wohnungsbaugesellschaft weiterentwickle. Die Entwicklung könne nicht immer so weiter gehen, dass man alles zubaue. Man könne nicht jeden Bedarf decken.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung die Frage einer Wohnungsbaugesellschaft prüfe. Hierfür brauche man aber die nötige Zeit. Beim Thema Sozialer Wohnungsbau sei man durchaus aktiv, er erinnere nur an das Baufeld 10 mit 50 % sozialem Wohnungsbau. Die Landesregierung arbeite mit der Stadt intensiv zusammen, um mehr Bauland zu schaffen.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass die Ortsteile schon seit Jahren Bedarf anmelden würden. In der Vergangenheit sei hier von Seiten der Grünen immer abgeblockt worden. Fakt sei, dass der Druck von jungen Familien wachse, Wohnraum zu schaffen. Man müsse den Menschen was anbieten. Die Baulandstrategie sei ein Kompromiss gewesen. Allerdings bleibe die Frage, ob Eigentümer im Innenbereich überhaupt verkaufen. Trotzdem mache es Sinn, es so zu machen wohlwissend, dass man bei Privateigentum nicht eingreifen könne. Der Antrag des Ortsbeirates Mörzheim beziehe sich nicht auf eine nördliche Fläche, wie es von der Verwaltung dargestellt werde. Dies sei nicht die Meinung des Ortsbeirates, denn dies würde auch keinen Sinn machen.

Wichtig sei ihm, dass man Abstufungen bei den Ortsteilen vornehme. Man mache wohl einen Flächennutzungsplan, aber alles auf einmal zu bebauen sei nicht sinnvoll. Dies tue einem Ort nicht gut. Es müsse die Möglichkeit für die Ortsteile geben, über Jahre immer wieder nach Bedarf zu erweitern. Der Preis für die Grundstücke dürfe nicht zu günstig sein, um zu viel Zuzug zu vermeiden. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man nicht schon wieder die angestoßene Dynamik der vergangenen Wochen in Frage stellen sollte. Im Moment sei man an der Erarbeitung des Einheimischenmodells, in dem genau diese Punkte angesprochen würden.

Ortsvorsteherin Müller ergänzte aus ihren Gesprächen mit den Eigentümern, dass es im südlichen Bereich des Gebietes noch Vorbehalte gebe. Im nördlichen Bereich hingegen, sei die Basis gut geschaffen.

Ratsmitglied Dr. Migl gestand den Stadtdörfern zu, dass sie eine gewisse Entwicklung brauchen. Es herrsche hier eine sehr starke Wachstumsideologie. Unabdingbar sei eine Sanierung der Dorfkerne, die identitätsstiftend seien. Sie vermisse in der Vorlage auch eine Differenzierung. Man könne auch durchaus vorstellen, dass kleinere Stadtdörfer mehr Zuwachs haben als große Stadtdörfer. Die jetzigen Pläne seien überdimensioniert und hätten nichts mit einer maßvollen Entwicklung zu tun. Hier sei ein Köder ausgelegt worden, preisgünstig zu bauen. Sie vermisse hier Überlegungen aus den Stadtdörfern, wie man preisgünstigen Wohnraum schaffen könne. Man könne sich nicht leisten, dass Landau so groß werde. Die Inwis-Studie weise derart viele Mängel auf, dass sie als Planungsgrundlage nicht geeignet sei. Für die Pfeffer und Salz-Fraktion sei eine Entwicklung von 250 Wohneinheiten in den Stadtdörfern und von 1000 Wohneinheiten in der Stadt vorstellbar. Ab 2030 deute alles auf einen Bevölkerungsrückgang hin, was immer wieder gerne verschwiegen werde. Erste Priorität habe für sie die Schließung der Baulücken und die Belegung von Leerständen. Zu Arrondierungsflächen würde man ja sagen, aber nicht zu Neubaugebieten in diesem Umfang. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion könne der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.



Ratsmitglied Doll betonte, dass es sehr wohl Listen mit jungen Bauwilligen in den Ortsteilen gebe. Auch das Thema behutsame Entwicklung sei immer wieder Thema in den Ortsbeiräten gewesen. Man sei hier immer stiefmütterlich behandelt worden.

Ratsmitglied Schmitt wies darauf hin, dass in der ganzen bisherigen Debatte, preiswertes Wohnen kein Thema gewesen sei. Bei den Suchräumen sollte man Wert darauf legen, dass auch Geschosswohnungsbau möglich ist.

Ratsmitglied Silbernagel zeigte sich positiv überrascht von der Sitzungsvorlage. Die Ortsteile hätten hierauf sehr lange warten müssen. Wenn junge Menschen in den Ortsteilen bleiben, würden hiervon auch die Vereine profitieren. Positiv sei, dass jeder Ortsteil beleuchtet und keiner bevorzugt worden sei.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass man in Landau derzeit extrem steigende Grundstückspreise habe. Dies komme durch die riesige Nachfrage für wenige Angebote. Alle 8 Ortsvorsteher seien sich einig, dass man hier aktiv werden müsse.

Ratsmitglied Klein widersprach der Darstellung von Frau Dr. Migl, dass Arzheim bevölkerungsschwach sei. Die Nachfrage sei größer denn je, gerade von jungen Familien. Man müsse bedenken, dass nicht jeder ein altes Haus kaufen und renovieren wolle.

Bürgermeister Dr. Ingenthron war der Auffassung, dass die Zeit reif sei, diese Beschlüsse jetzt zu fassen. Mittlerweile sei die Konversion in Kürze erledigt. Die Entscheidung heute sei kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch in jeder Hinsicht. Man schaffe Wohnraum für alle Bedarfe in dieser Stadt. So sei das Modellprojekt „Kommune der Zukunft“ explizit für die Ortskerne aufgelegt worden. Man entwickle die Baulandstrategie weiter, dies sei zeitgemäß. Die Aufgabe werde man nun angehen und natürlich auch zeitliche Prioritäten setzen. Alle Ortsteile seien einbezogen, um das Ganze bis zum Jahr 2030 zu entwickeln.

Ratsmitglied Dr. Migl ergänzte zu ihren Ausführungen, dass enormer Druck aufgebaut werde, um Verkaufsbereitschaft zu bekommen. Das Vorgehen der Verwaltung komme einer Erpressung gleich. Bürgerbeteiligung sei nicht gut gelaufen, jedenfalls nicht so wie es im Konzept festgelegt worden sei.

Ratsmitglied Braun gab zu bedenken, dass mehr als die Hälfte der Landauer Bevölkerung Bedarf an bezahlbarem Wohnraum habe.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja,- 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt die Suchräume/ Außenentwicklungsflächen (siehe Anlage 1) in den Stadtdörfern, die für die Schaffung von 500 Wohneinheiten bis 2030 erforderlich sind, bis Ende des Jahres parzellenscharf zu konkretisieren. Die verfügbaren Baulücken, Innenentwicklungs- und Arrondierungspotentiale sind bei der Summierung der angestrebten 500 Wohneinheiten zu berücksichtigen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt die unter Ziffer 1 ermittelten Flächen den städtischen Gremien Ende 2016/ Anfang 2017 vorzustellen und auf dieser Basis den Aufstellungsbeschluss für die Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Stadt Landau in der Pfalz für den Bereich der Wohnbauflächen vorzubereiten.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

Fortschreibung der Baulandstrategie in den Stadtdörfern; Ergebnisse der Beratungen der Ortsbeiräte zu den Suchräumen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Juli 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 4 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja,- 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Den Ergänzungen und Konkretisierungen zu den Suchräumen, die von den Ortsbeiräten beraten wurden, wird gemäß den in der Begründung aufgeführten Empfehlungen der Verwaltung zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Cosimo Soroberto

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. Juni 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Cosimo Soroberto, Robert-Koch-Straße 6, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner Verdienste im sportlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema "Saatkrähen in Landau"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 6. Juni 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Die Saatkrähen seien sicher nicht das zentrale Problem für Landau, aber eine zentrale Belastung für Landau und die Bewohner. Bei allen Bemühungen gebe es bisher keinen Lösungsansatz. Daher halte man es für sinnvoll, eine öffentliche Informationsveranstaltung zu machen. Dies sei man den Bürgern schuldig.

Beigeordneter Klemm betonte, dass die Tiere unter Schutz stehen. Daher habe man nur eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten, um tätig zu werden. Gegen eine Infoveranstaltung habe er nichts einzuwenden. Grundsätzlich gelte, dass man Maßnahmen nur auf Antrag durchführen könne. Zwischenzeitlich habe sich die Brutkolonie aufgespalten, es gebe über 300 Nester in der Stadt. Hinsichtlich der Infoveranstaltung habe man bereits mit dem Land Kontakt aufgenommen. Die Einflussmöglichkeiten seien sehr gering, daher müsse man um Verständnis bei den Bürgern werben.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.

Eine Abstimmung erfolgte nicht, da die Verwaltung bereits tätig geworden ist.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion;Frauenquote für Straßennamen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 27. Juni 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Follenius-Büssow begründete den Antrag. Von den 46.000 Einwohnern Landaus seien 52,8 % Frauen. Dahingegen seien nur 2 % der Straßen und Plätze in Landau nach Frauen benannt. Die Gleichstellung der Geschlechter sei hier noch weit zurück. Ziel des Antrages sei es, Leben und Wirken weiblicher Persönlichkeiten sichtbar zu machen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er dem Rat davon abräte, es in dieser Konsequenz zu machen. Er schlug vor, den Beschluss dahingehend zu ändern, in dem man nach „Berücksichtigung finden“ einen Punkt macht und den Rest streicht.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass mit dem ersten Halbsatz des Antrages das Ungleichgewicht zu beheben sei. Deshalb sollte man diesen beschließen.

Ratsmitglied Schwarzmüller regte an, das Archiv und Museum einzubinden.

Ratsmitglied Volkhardt war der Auffassung, dass die Straßennamen einen Bezug zur Stadt und Region haben sollten. Man sollte jetzt nicht mit der Brechstange ein Gleichgewicht herzustellen versuchen. Hinsichtlich einer verstärkten Berücksichtigung von Frauennamen unterstütze die FWG-Stadtratsfraktion den Antrag.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach von einem ehrgeizigen Antrag. Appelle wären zu wenig, man sollte vielmehr eine innere Verpflichtung schaffen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass Stadt und Ortsteile frei und ohne Druck die Straßennamen aussuchen sollten.

Ratsmitglied Follenius-Büssow machte einen Kompromissvorschlag.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 27 Ja,- 5 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen:

Bei Neu- oder Umbenennungen, die sich ergeben, von Straßen und Plätzen in Landau stellt die Stadt sicher, dass Frauen bei der Verwendung von Personennamen verstärkt Berücksichtigung finden. Ziel ist es ein Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern in der Benennung zu erreichen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Notwendige Besetzung von ausgeschriebenen Stellen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personal- und Organisationsabteilung vom 28. Juni 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion hier keinen Blankoschein ausstellen wolle. Man wolle wissen, was für Stellen dies seien.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies jetzt nicht vorhersehbar sei.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zustimmen könne.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja,- 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Es wird zugestimmt, dass den ausgewählten Bewerberinnen bzw. Bewerbern, für deren Einstellung der Hauptausschuss nach § 47 Abs. 2 GemO zustimmen muss, in der sitzungsfreien Zeit zwischen 13. Juli und 13. September 2016 zeitnah eine Einstellungszusage erteilt werden kann.

Der Hauptausschuss wird in seiner nächsten Sitzung am 13. September 2016 über die Personalauswahl informiert.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Gewerbepark „Am Messengelände,, Bebauungsplan D 9; Controlling der Maßnahme

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 28. Juni 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Messemer betonte, dass es eine sehr erfolgreiche und vor allem verträgliche Entwicklung sei. Das Gewerbesteueraufkommen aus diesem Gebiet belaufe sich auf rund 3 Millionen Euro. Von den 33 Hektar Gewerbefläche seien mittlerweile 29 Hektar vermarktet. Man habe jetzt noch 4 Hektar im Bestand, so dass man in den nächsten beiden Jahren die Vermarktung des Gebietes abschließen könne. Die Darlehen seien weitgehend getilgt, man werde am Ende eine schwarze Null schreiben. Im Gebiet seien mittlerweile 144 Firmen, das spreche für sich.

Ratsmitglied Löffel nahm für die CDU-Stadtratsfraktion den Controllingbericht sehr zustimmend zur Kenntnis. Die Vermarktung sei mittlerweile fast abgeschlossen, es handle sich hier um eine Erfolgsgeschichte. 144 Firmen mit 3000 Mitarbeitern seien dort niedergelassen. Der Gewerbepark sei ein Katalysator für die Stadtentwicklung.

Ratsmitglied Vogler schloss sich den Worten von Herrn Löffel und dankte für die SPD-Stadtratsfraktion für die hervorragende Arbeit.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 23. Juni 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme der in der Anlage aufgeführten Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Neue Kindertagesstätte in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 16. Juni 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Aufgrund der aktuellen Entwicklung brauche man eine neue wenigstens dreigruppige Kindertagesstätte. Die Erweiterung des Hortangebotes müsse man leider im Moment zurückstellen, um dem Rechtsanspruch im Kindergartenbereich gerecht werden zu können. Es handle sich um ein Grundstück im Wohnpark Am Ebenberg.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung und zum Betrieb einer neuen dreigruppigen Kindertagesstätte in Landau in der Pfalz zeitnah umzusetzen und die notwendigen Zuschussanträge zu stellen.

Der Ankauf eines geeigneten Grundstückes, die Planung der Umbaumaßnahme sowie die Projektsteuerung sollen vom Gebäudemanagement Landau durchgeführt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“:
Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ 2016/ I – Festlegung der Kriterien und der weiteren Vorgehensweise für die Baufelder 28/ 28a und 30a/ 31

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Juni 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl regte an über eine Zweck- und Mietpreisbindung nachzudenken. Wenn es so bleibe wie in der Vorlage formuliert, könne die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion nicht zustimmen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass man dies beraten habe, aber im Ergebnis von dieser festen Prozentbindung absehen wolle. Es sei dies ja nicht der letzte Teil der Vermarktung. Der Schwerpunkt liege in diesem Fall auf seniorengerechtem Wohnen.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass es überhaupt kein Auswahlverfahren geben dürfe.

Ratsmitglied Löffel unterstrich, dass man mit dem bisherigen Verfahren gut gefahren sei. Es sei auch in diesem Fall wieder sehr gut gelöst worden. So habe man hier altersgerechtes barrierefreies Wohnen. Vor der Entscheidung sei eine Jury zwischengeschaltet worden und der Preis sei nicht das allein ausschlaggebende Kriterium.

Ratsmitglied Braun schloss sich den Ausführungen von Herrn Löffel an. Es sei ihr sehr wichtig, dass eines der wichtigsten Kriterien der preisgünstige Wohnraum sei.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erinnerte daran, diese Vorlage das Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses sei.

Ratsmitglied Dürphold war der Auffassung, dass dieses Verfahren sehr gut gelaufen sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

- 1. Den im Vermarktungsexposé (Anlage 1) formulierten Ausschreibungsbedingungen und -kriterien für die vier Baufelder des Ausschreibungsverfahrens zur Grundstücksveräußerung 2016/I im „Wohnpark Am Ebenberg“ wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung - wie im Vermarktungs-exposé (Anlage 1) beschrieben - zu veröffentlichen, durchzuführen und die Grundstücksvergabevorschlüsse nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens den Gremien zum Beschluss vorzulegen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan „F3e Neuaufstellung, 1. Teiländerung“, Aufstellungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. Juni 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Diese Vorlage zeige, dass auch in der Stadt nachverdichtet werde.

Ratsmitglied Vogler sah es positiv, dass hier eine Lücke geschlossen werde. Allerdings dürfe die Nachverdichtung auch nicht zu dicht sein. Zu eng aneinandergereihte Häuser würden keine Wohnqualität bringen. Im Laufe der nächsten Tage werde man einen Antrag zu gefördertem Wohnraum einbringen.

Ratsmitglied Braun teilte mit, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Man hätte gerne eine 0,6-Verdichtung, um noch mehr Wohnraum zu schaffen.

Ratsmitglied Dürphold war der Meinung, dass im Horstgebiet viel zu eng bebaut ist. Daher bevorzuge man auch eine 0,4-Bebauung. Die FWG-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zustimme.

Ratsmitglied Lerch hielt es für wichtig, eine vernünftige Balance herzustellen. Dies werde mit dieser Vorlage erreicht. Daher stimme die CDU-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zu.

Bürgermeister Dr. Ingenthron betonte, dass die Bebauung mit Sinn und Verstand und mit Maß und Ziel erfolgen müsse. Man müsse eine verantwortungsvolle Verdichtung hinbekommen, nicht eine um jeden Preis.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

- 3. Für das in der Anlage 3 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Landau wird der Vorhabenbezogene Bebauungsplan „F3e Neuaufstellung, 1. Teiländerung“ gemäß § 12 BauGB aufgestellt.**
- 4. Die Verwaltung wird mit der Vorbereitung des gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB mit dem Vorhabenträger abzuschließenden Durchführungsvertrags beauftragt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Beigeordneter Klemm lud zu zwei Fahrten im August in die Partnergemeinde Hagenau ein.

Der Vorsitzende überbrachte Grüße aus der Partnergemeinde Ribeauville, wo man letzte Woche zum Antrittsbesuch gewesen sei.

Der Vorsitzende sprach die aktuelle Situation des Geothermiewerkes an. Es sei dies eine unerfreuliche und unschöne Situation. Er habe diesbezüglich den Minister angeschrieben. Die derzeitigen Tests würden vom Landesamt für Umwelt überwacht. Insgesamt sei es etwas schwierig, da man immer nur Beigeladene in dem Verfahren sei. Er habe aber dem Minister nochmal deutlich gemacht, dass man nicht davon ausgehe, dass das Kraftwerk nochmals in Betrieb gehe.

Ratsmitglied Dr. Migl fand die Informationspolitik des Landes verheerend. Es sei ein Unding, dass man als betroffene Kommune außen vor gehalten werde.

Ratsmitglied Hartmann regte an, die Fraktionsvorsitzenden zu dem Gespräch des Oberbürgermeisters mit den Flüchtlingen mitzunehmen.

Der Vorsitzende hielt dies nicht für notwendig. Gerade in der Containersiedlung sei es notwendig, regulierend einzugreifen. Die Diskussion um die Menschenwürdigkeit dieser Unterkunft könne er nicht nachvollziehen. Natürlich sei es in Wohnungen oder einem Haus angenehmer. Aber man könne nur mit den Wohnungen arbeiten, die man zur Verfügung habe.

Das Gremium beschloss



Die Niederschrift über die 20. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 12.07.2016 umfasst 29 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis .

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch

Markus Geib
Schriftführer